Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 327. Donnerstag den 23. November 1882. 76. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Freitag, den 24. November, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Der Vorbereitungsgottesdienst für den zweiten diesjährigen Bußtag findet **Donnerstag den 23. dieses Monats** Abends 6 Uhr und zwar **nur in der Matthäikirche** statt.

Leipzig, am 17. November 1882.

Die Kircheninspection für Leipzig.
Der Superintendent. Der Rath der Stadt Leipzig.
D. Lechler. Dr. Georgi.
Harrwitz.

Bekanntmachung.

Nachdem wir dem hiesigen Kaufmann Herrn Rudolph Philipp Friedrich Wilhelm **Graupenstein** am heutigen Tage Concession zur gewerbsmäßigen Beförderung von Auswanderern nach überseeischen Häfen und Abschließung von Schiffscontracten im Auftrage des General-Bevollmächtigten der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actien-Gesellschaft in Hamburg, des Herrn August Bolten, Wm. Miller's Nachfolger, in Hamburg ertheilt haben, bringen wir dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Leipzig, am 15. November 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Uhlmann.

Bekanntmachung.

Nachdem der Umbau des Postgebäudes am Bayerischen Bahnhofe hierselbst vollendet ist, wird der Dienstbetrieb des Postamts 8 vom 24. d. Mts. ab in die neuen Räume verlegt.

Leipzig, den 17. November 1882.

Der kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Bekanntmachung.

1) Bei dem unterzeichneten Gemeinderathe soll am 1. Januar 1883 die mit jährlich 1000 ℳ Gehalt dotirte Stelle eines **Polizei-Expedienten und Sportelcassirers** anderweit besetzt werden.

Zur Verwaltungssache tüchtige Beamte, welche namentlich mit dem Melde-, Brandversicherungs-, Militair- und Impfwesen hinreichend vertraut sein müssen und eine Caution bis zu 300 ℳ stellen können, werden aufgefordert, ihre Gesuche unter Beifügung der erforderlichen Nachweise

bis zum 8. December c.

hier einzureichen.

2) Sofort die mit jährlich 930 ℳ Gehalt incl. Bekleidungsgeld dotirte 4. **Schutzmannsstelle** gleichfalls anderweit besetzt werden.

Hierzu geeignete Bewerber werden aufgefordert, Gesuche unter Beifügung von Zeugnißabschriften bis zu gleichem Tage hier einzureichen.

Volkmarsdorf-Leipzig, den 22. November 1882.

Der Gemeinderath.
Lehmann.

Nichtamtlicher Theil.

Der deutsche Colonialverein.

Seit geraumer Zeit ist von den verschiedensten Seiten die Forderung nach Gründung deutscher Colonien erhoben worden, aber bisher leider vergeblich. Deutschland bedarf eines Abzugscanals für seinen Ueberschuß an Kräften; das Land vermag die in unheimlichen Dimensionen wachsende Bevölkerung nicht zu ernähren und dennoch kann es auf das Zuviel seiner Kinder nicht vollständig Verzicht leisten. Es muß sich auch den Zusammenhang mit dem an das Ausland abgegebenen Procentsatz der Bevölkerung erhalten. Das ist der große Nachtheil der Auswanderung, die gegenwärtig für den Ueberschuß der Bevölkerung in Deutschland das einzige Mittel darbietet, um die Kräfte, welche im Vaterlande keine Verwendung finden können, im Auslande zu verwerthen.

Wenn wir die übrigen Culturvölker betrachten, die Engländer und Franzosen, die Holländer und Spanier, so finden wir, daß sie sämmtlich schon früh den Nutzen der Colonien für die gedeihliche Entwickelung der Nation erkannten und sich überseeische Gebiete erschlossen, aus welchen sie neue Kraft sogen; nur die deutsche Nation ist bisher dieser Wohlthat nicht theilhaftig geworden, wohl hauptsächlich deshalb, weil sie bis vor wenigen Jahren überhaupt auf den Namen einer Nation keinen berechtigten Anspruch erheben konnte, weil sie in lauter einzelne Stämme und Staaten zerfiel, welche des organischen Zusammenhanges entbehrten. Daher kommt es auch, daß kein anderes Volk von Europa so große Massen von Auswanderern über das Weltmeer sendet, wie das deutsche. Und alle diese Kräfte, die Deutschland nach Amerika abgiebt, sind für das Heimathland dauernd verloren; sie tragen zwar dazu bei, den deutschen Namen auf der anderen Hälfte der Erde bekannt und geachtet zu machen, aber das Vaterland hat von seinen Söhnen, sobald sie in Amerika Unterkunft und lohnenden Erwerb gefunden haben, nichts mehr zu hoffen; der Zusammenhang ist vollständig zerrissen, während sie als Colonisten auch jenseits des Oceans dem Vaterlande werthvolle Dienste leisten könnten.

Diesem täglich gebieterischer auftretenden Bedürfniß will ein Verein Abhilfe schaffen, welcher sich gegenwärtig unter Theilnahme einer großen Anzahl hervorragender Männer mit dem Sitz in Frankfurt a. M. gebildet hat. Der deutsche Colonialverein stellt sich die Aufgabe, das Verständniß von der Nothwendigkeit der Colonisation in weite Kreise zu tragen, den bisher vereinzelt auftretenden Bestrebungen dieser Art einen Mittelpunct zu geben und die praktische Lösung der Colonialfrage anzubahnen. Zu den Begründern des Vereins zählen Männer wie Rudolf v. Bennigsen, Otto Graf Stolberg-Wernigerode, der ehemalige Vicekanzler, Graf Arnim-Boitzenburg, der frühere Oberpräsident von Schlesien, Friedenthal, der preußische Landwirthschaftsminister a. D., dann Gustav Freytag, Friedrich v. Hellwald, Roscher, Gerhard Rohlfs, Schliemann, bedeutende Industrielle und Kaufleute wie Meier-Bremen, Slomann-Hamburg, Dr Hammacher, Gelehrte wie Dr. Kirchhoff in Halle, Dr. Theobald Fischer in Kiel, Dr. v. Löher in München und Andere.

Schon diese Männer leisten Bürgschaft dafür, daß es eine ernste, wichtige Sache ist, um welche es sich handelt, und zugleich wenden sie ihr diejenige Aufmerksamkeit zu, welche sie verdient. Das deutsche Reich hat heute eine Flotte, welche deutschen Colonien den erforderlichen Schutz zu gewähren vermag, und deshalb ist jetzt der geeignete Zeitpunct da, um der Ausführung nahe zu treten. Die nöthigen Vorbedingungen für den Beginn der deutschen Colonisation, eine große und geachtete, in sich gefestigte Nation und eine leistungsfähige Marine, sind verhanden, aber es fragt sich, ob das Ziel, welches sich der Colonialverein gesteckt hat, nicht über seine Kräfte geht, und abgesehen davon, ob ein Verein die geeignete Stelle ist, welche der Colonisation als Ausgangspunct dienen kann. Um den Bestrebungen für die Colonisation eine feste Grundlage zu geben, um das Verständniß für die Vortheile derselben zu verbreiten, dazu ist der deutsche Colonialverein gewiß das entsprechende Mittel, aber die Ausführung selbst muß von der Reichsregierung ausgehen. Handelsstationen als Ausgangspuncte für größere Unternehmungen zu errichten, ist gewiß ein dankenswerthes Streben, aber der Verwirklichung stellen sich große Hindernisse in den Weg, wenn nicht eine mächtige Hand die Leitung übernimmt. Der Verein will die Initiative zur Colonisation ergreifen und das Reich mit der Flotte soll nur als schützende Macht zur Seite stehen. Wäre es da nicht besser, wenn die Schützerin zugleich als Gründerin aufträte? An kühnen Männern, welche bei der Colonisation als Führer und Wegweiser auftreten können, fehlt es in Deutschland nicht, das zeigt das Beispiel des Lieutenant Wißmann, welcher im April von Loanda ausgegangen ist und bereits am 17. d. Mts. der Afrikanischen Gesellschaft in Berlin seine glückliche Ankunft in Zanzibar melden konnte; zählt doch auch der Afrikareisende Gerhard Rohlfs zu den Unterzeichnern des Programms des Vereins. Aber damit ist es nicht gethan; eine Colonisation, die Erfolg haben soll, muß mit bedeutenden Mitteln ausgestattet sein und gleich von vornherein zielbewußt auftreten.

Wenn das nicht der Fall ist, so wird man in Deutschland dieselben Erfahrungen machen, wie sie gegenwärtig in Belgien und Frankreich zur Lehre dienen. Die Expedition Stanley's hatte auch den Zweck, am Congo Handelsniederlassungen zu gründen. Da kam eines Tages der Schiffsfährdrich Brazza und nahm im Namen Frankreichs von dem Congoufer Besitz, schloß mit den daselbe bewohnenden Völkerschaften Verträge ab, und jetzt hat Stanley trotz aller Bemühungen, Brazza lächerlich zu machen, das Nachsehen. Die französische Regierung hat die Verträge bestätigt und wird in den nächsten Tagen eine Expedition ausrüsten, um in aller Form vom Congogebiete Besitz zu ergreifen. Die Franzosen beeilen sich überhaupt, alle nur irgend colonisationsfähigen Landstriche in Besitz zu nehmen, ehe ihnen andere Nationen zuvorkommen; sie haben sogar bereits Befürchtungen in Bezug auf die Südseeinseln geäußert, von denen sie meinen, daß Deutschland sie als Colonisationsgebiet ins Auge gefaßt habe.

Immerhin haben die Männer, welche den deutschen Colonialverein begründeten, das unschätzbare Verdienst, die allgemeine Aufmerksamkeit auf eine hochwichtige Angelegenheit gelenkt zu haben. Kaum ein anderes Volk in Europa bedarf der Colonien für sein ferneres Wohlergehen so zweifellos wie das deutsche. Unser deutsches Heimathsland bedarf des Beistandes günstig gelegener, von der Natur reicher bedachter Gegenden, um die mangelnde Ergiebigkeit des Heimathlandes auszugleichen. Die Erschließung ausgedehnter Absatzgebiete für die heimische Production ist auch nicht geradezu von der Hand zu weisen, aber sie kommt nicht in erster Linie in Betracht. Die wichtigste Seite der Colonisation für Deutschland ist die sociale; wir brauchen Unterkunft für den Theil der Bevölkerung, welcher im Heimathlande keine entsprechende Verwerthung seiner Kräfte finden kann. Wird diesem Bedürfniß entsprochen, dann verliert die sociale Frage sofort an ihrer Furchtbarkeit, die bestehenden Verhältnisse, mögen sie auch bescheiden sein, werden weit geduldiger und bereitwilliger ertragen, wenn nicht fortwährend die Gefahr des Verlustes der Existenz durch Concurrenten besteht, welche kein Mittel scheuen, um Den, welcher sich im Besitz einer ihn nährenden Stellung befindet, daraus zu verdrängen. Für diesen immer unerträglicher werdenden Zustand, der sich überall fühlbar macht, muß Abhilfe geschafft werden und dazu empfiehlt sich die Colonisation als das beste und geeignetste Mittel.

Leipzig, 23. November 1882.

* Aus Berlin wird uns vom Dienstag geschrieben: „Herr Büchtemann wird morgen in der Generaldiscussion zum Etat Namens der Fortschrittspartei das Wort nehmen, das ist die neueste Nachricht, welche aus dem Parlamentsleben bekannt wird und auch ein bedeutendes Interesse in Anspruch nimmt. Die Organe des Herrn Eugen Richter, voran die hiesige „Volksche Zeitung" und die „Volkszeitung", demnächst die „Berliner Zeitung", haben zwar mit möglichster Energie in Abrede gestellt, daß Differenzen zwischen den Herren Richter und Hänel obwalten und daß dieselben zum Gegenstand der Erörterung in der ersten Fractionssitzung der Partei gemacht worden sind. Indessen stammte meine Mittheilung aus zu guter Quelle. Die Erörterungen haben in der von mir geschilderten Weise stattgefunden, und da die Anhänger des Herrn Richter gegenüber denen des Herrn Hänel in außerordentlicher Minderheit blieben, da Herr Richter sogar — und wer ihn kennt, weiß wie sauer es ihm ankommt — sich für besiegt ansah, so wurde schließlich vorgeschlagen und auch einstimmig acceptirt, ihn diesmal nicht als Vertrauensmann und Redner der Partei bei der Budgetberathung das Wort nehmen zu lassen. Herr Richter ist angeblich unwohl. Vielleicht hat dieser Vorgang noch weitere Folgen. Jedenfalls ist in Herrn Büchtemann ein durchaus sachlicher Redner gewonnen, der entsprechend seiner Vergangenheit auch den wichtigsten Theil des Etats, die Eisenbahn-Angelegenheiten, mehr als jedes andere Mitglied seiner engern Partei beherrscht und der zu dem sogenannten rechten Flügel der Fortschrittspartei gehört."

* Herr v. Giers ist in Berlin selbstverständlich auch vom Kaiser empfangen worden und hat darauf — wie uns weiter aus Berlin gemeldet wird — an dem Diner bei Herrn v. Saburow Theil genommen. Zu demselben waren auch der englische Botschafter Lord Ampthill, der deutsche Botschafter General Schweinitz und die Vertreter einiger kleineren Höfe zugezogen. Der französische Botschafter Baron de Courcelles, ist, was seiner Regierung gewiß nicht angenehm kommt, gerade jetzt von Berlin abwesend. Selbstverständlich haben, wie bei jeder solchen Gelegenheit, wiederum eine Anzahl Journalisten sich Mühe gegeben, den russischen Staatsmann zu interviewen. Es wird uns indessen versichert, daß alle etwa noch folgenden Berichte über Unterhaltungen mit demselben erfunden sind. Herr v. Giers hat keinen einzigen Mann der Feder empfangen. Im Uebrigen spricht man in Berliner politischen Kreisen unverhohlen seine Genugthuung darüber aus, daß Herrn v. Giers seine Reise auch nach Wien führen wird. Wenn schon das Drei-Kaiser-Bündniß nicht mehr in der Auffassung des Jahres 1872 existirt, so findet man doch in dieser Reise eine um so größere Bürgschaft für die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen der drei Großmächte, welche durch ihre geographische Lage und Geschichte mehr als andere Nachbarreiche auf ein Zusammenwirken angewiesen sind.

* Von guter Hand wird uns noch aus Berlin geschrieben: „Das Märchen, welches ein bekannter Berliner Correspondent verschiedenen Zeitungen über die Entstehung der Thronrede und besonders der Theile, welche den Culturkampf und die auswärtigen Angelegenheiten behandeln, geschrieben hat, ist wohl kaum von diesen selbst ernst genommen worden. Es steht fest, daß es allgemein Aufsehen erregt hat, daß die auswärtigen Angelegenheiten, welche durchaus Sache des Reichs sind, diesmal in einer preußischen Thronrede erwähnt werden. Es ist Dies seit Gründung des Norddeutschen Bundes noch vorgekommen. Der betreffende Herr Correspondent steht bekanntlich dem literarischen Bureau ziemlich nahe, ja er war sogar früher ein Mitarbeiter desselben; daher seine jetzige Inspiration, daher diese Geschichte, welche ihr Ganzen plansibel klingt, aber durchaus unwahr ist. Die „National-Zeitung" hatte völlig Recht, wenn sie darauf hinwies, daß es darauf abgesehen war, wie auch wir hervorgehoben haben, den Reichstag, wenn möglich, eine Stufe tiefer zu stellen, um ihm so das Mißwollen unseres leitenden Staatsmannes zu erkennen zu geben."

* Ein ganz unberechtigtes Aufsehen hat ein Passus der Predigt gemacht, welche der Oberhof- und Domprediger Dr. Kögel gelegentlich der Eröffnung des Landtages im Dom zu Berlin gehalten. Herr Kögel soll gesagt haben: „Was murren die Völker und lehnen sich auf gegen den Gesalbten, während eine furchtbare Krisis in vulkanischen Zuckungen sich ankündigt"? Diese Worte sind doch offenbar nur in Rücksicht auf die socialistischen, staats- und gesellschaftsfeindlichen Bewegungen gebraucht, und sie sind von der Mehrzahl der Anwesenden, dem Hofe und den Landtagsmitgliedern, so sehr allein in diesem Sinne verstanden worden, daß die ausschweifende Phantasie der Hintermänner der „Kreuzztg." und des „Reichsboten" dazu gehört, um jenen, vielleicht nicht sehr geschmackvollen Ausspruch eine andere geheimnißvolle Deutung unterzulegen. Von Personen, die mit Herrn Dr. Kögel Beziehungen unterhalten, hört man denn auch bestätigen, daß thatsächlich seine Aeußerung keinen anderen Sinn hatte und haben sollte. Herr Kögel selbst soll erstaunt gewesen sein, daß er gerade von solchen politischen Persönlichkeiten, die ihm ihrer ganzen Richtung nach näher stehen, mißverstanden worden konnte.

* Die „Kreuzzeitung" bemüht sich, die Spaltung, die neuerdings wieder innerhalb der conservativen Fraction in Folge der verschiedenen Auffassungen über den Erlaß der vier untersten Stufen der Classensteuer und dessen Deckung auszubrechen droht, in Abrede zu stellen. Doch wird uns von zuverlässiger Seite mitgetheilt, daß die Beamten innerhalb der Partei, wie es in der Natur der Sache liegt, mit den Vorschlägen des Herrn Scholz durchaus einverstanden sind, daß dagegen die Herren, welche, wie sie sich ausdrücken, mehr Fühlung mit dem Volke haben, wie Stöcker, Wagner, Krepelschek, von der Annahme des Erlasses für die vier untersten Stufen der Classensteuer und die Nichtbetheiligung an der Wohlthat für die darauf folgenden Stufen eine Mißstimmung in den niederen Handwerkerkreisen, welche sie jetzt für sich gewonnen zu haben glauben, befürchten. Es ist richtig, daß sowohl innerhalb der conservativen Fraction wie der Liberalen Vereinigung noch keine formelle Debatte über diese Vorlage stattgefunden hat (das wäre ja auch kaum angängig, da sie noch nicht vorliegt), aber die vertraulichen Besprechungen lassen bereits klar erkennen, daß eine Uebereinstimmung der Ansichten in der Beurtheilung der Vorlage schwer zu erzielen sein dürfte.

* Daß zu Diäten und Reisekosten für die Mitglieder des Volkswirthschaftsraths im neuen preußischen Etat eine Forderung (von 16,000 ℳ) aufgenommen ist, kann einigermaßen überraschen. Man hätte erwarten dürfen, daß diese Körperschaft, nachdem sie das Tabakmonopol abgelehnt hat, bei dem Reichskanzler nicht mehr in Gnade und Ansehen stehe, sondern stillschweigend außer Thätigkeit gesetzt werden würde. Statt dessen wird nunmehr für den Volkswirthschaftsrath, dessen Kosten bisher aus dem Dispositionsfonds des Handelsministeriums bestritten worden, eine eigene Etatsposition eingestellt. Diese Entschließung ist wieder ein Beweis, wie fest der Reichskanzler trotz aller Schwierigkeiten und unangenehmen Erfahrungen an den einmal gefaßten Plänen festhält. Aus der Etatsforderung für den preußischen Volkswirthschaftsrath geht hervor, daß der Reichstag zunächst mit der Errichtung eines deutschen Volkswirthschaftsraths nicht wieder befaßt werden soll. Im vorjährigen preußischen Etat war die Einstellung eines Postens für den Volkswirthschaftsrath nach ausdrücklicher Erklärung darum unterblieben, weil beabsichtigt war, diese Institution von Preußen auf das Reich zu übertragen. Man muß also schließen, daß man den Plan einer Uebertragung dieser Einrichtung auf das Reich zunächst nicht mehr glaubt verwirklichen zu können, und das ist auch bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstags begreiflich genug. Es wird sich nun fragen, ob das Abgeordnetenhaus bereit ist, dem bisher nur auf königlicher Verordnung beruhenden Volkswirthschaftsrath im Etat eine gesetzliche Grundlage zu geben. Daß, seitdem man diese „Sachverständigen-Versammlung" bei der Arbeit gesehen, über ihren Werth und Nutzen die Ansichten günstiger geworden, wird man nicht behaupten können. Im Reichstag ist die Forderung mit einer ansehnlichen, aus den liberalen Fractionen und dem größeren Theil des Centrums gebildeten Mehrheit abgelehnt worden. Indessen, das Centrum hat sich schon damals gespalten, und wenn es jetzt nur die Hälfte seiner Mitglieder mit den conservativen Parteien für Bewilligung der Forderung vereinigt, so wird der preußische Volkswirthschaftsrath aufrecht erhalten bleiben. Es ist mit einiger Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß dies geschehen wird. Uebrigens wird, wenn auf den Volkswirthschaftsrath nun einmal doch nicht verzichtet werden soll, die Frage wieder gestellt werden müssen, ob man nicht lieber durch ein eigenes Gesetz als durch den Etat die Einrichtung begründen soll.

* Die „Allg. evang.-luth. Kirchen-Ztg." erzählt in einem längeren Artikel über die Situation in Preußen von einer Unterhaltung, welche Herr von Bennigsen mit dem Fürsten Bismarck im vergangenen Frühjahr über den Culturkampf gehabt haben soll. Wie weit die Angaben des Blattes richtig sind, können wir nicht entscheiden; wir begnügen uns selbst damit, das wiederzugeben, was wir in dem Artikel lesen. Es heißt dort:

Was der Kanzler der Kammer bringen wird, weiß Niemand. Herr von Bennigsen dagegen hat im Frühjahr sein Programm sehr deutlich formulirt. Wenn dieser vorsichtige Mann der Compromisse, der stets bemüht ist, sich die Zukunft offen zu halten, es an der Zeit fand, so bestimmt zu sprechen, so hat er es sicher gethan, weil er einsah, daß weiteres Zaudern seine noch rechts und links zusammenschmelzende Partei um allen Credit bringen müsse; von jenem Frühjahrsprogramm kann er mit Ehren nicht mehr zurück. Namentlich aber ist er mit dem Kanzler in der Frage des Culturkampfes vollständig auseinander. In einer Unterredung, welche er mit demselben im Frühjahr hatte, hat er dem Kanzler mit vollster Deutlichkeit gesagt, daß dieser das Spiel verloren habe. Herr v. Bennigsen sprach damals die Ansicht aus, daß, wenn die Regierung nur noch einige Jahre fest geblieben wäre, die schon milde römisch-katholische Kirche sich den Maigesetzen gefügt haben würde; statt dessen habe der Fürst um vorübergehender finanzieller Zwecke willen sich bei der Tarifreform dazu verleiten lassen, mit dem Centrum zu pactiren; hierdurch, sowie durch die Unterhandlungen mit Rom, sei er auf eine abschüssige Ebene gerathen, auf der es keinen Halt mehr gebe. Der Kanzler suchte dies mit dem ganzen Aufwand seiner Dialektik zu bestreiten und zu zeigen, daß er die Sache noch ganz in seiner Hand habe; aber Herr von Bennigsen blieb bei seiner Ansicht. Setzt wahrscheinlich ist gerade diese Unterredung der Ausgangspunct der neueren schrofferen Stellung des Kanzlers in der Kirchenfrage geworden.

* * *

* Wenn die europäische Donau-Commission demnächst zusammentritt, wird sie vermuthlich in erster Linie die Frage der Verlängerung ihrer Vollmachten zu berathen haben, denn in der Angelegenheit der gemischten Commission hat Frankreich erklärt, von jeder weiteren Initiative absehen zu müssen, und was die Flußpolizei betrifft, so glaubt man, daß dieselbe den Gegenstand directer Verhandlungen zwischen Wien und Bukarest bilden werde. In der Kilia-Frage hat Rußland den Rückzug angetreten. Das Petersburger Cabinet bezeichnet es als ein Mißverständniß, wenn angenommen wurde, daß es das Controlrecht der Donau-Commission über den Kilia-Arm bestreiten wollte; es sei ihr lediglich um die Bucht von Otschakow zu thun gewesen, und der russische Commissär hätte sich ungeschickt ausgedrückt, wodurch er einen Verdacht erweckte, zu dem man in Petersburg irgend einen Anlaß zu geben keineswegs gesonnen war.

* In Lemberg hat das ganz unter der Leitung der Jesuiten stehende Metropolitan-Consistorium den aus dem ruthenischen Hochverrathsprocesse bekannten ruthenischen Priester Naumowitsch seiner Pfarrerstelle enthoben und über ihn die große Excommunication verhängt. Naumowitsch protestirt in scharfer Weise gegen diese römische Vergewaltigung. Der Fall macht in Galizien und ganz Oesterreich großes Aufsehen und beweist wieder einmal, daß dort der Einfluß der Jesuiten noch immer ein mächtiger ist.

* Dem galizischen Landmarschall Zyblikiewicz, ein polonisirter Ruthene, der in Galizien ganz besonders im Interesse des Polenthums sich bemerkbar macht, ist von der russischen Regierung die Reise nach Warschau nicht gestattet worden, wohin er sich zur Trauung des Grafen Roman Potocki, des Sohnes des galizischen Statthalters, begeben wollte. Dieses Verbot wirft wieder ein bezeichnendes Streiflicht auf die Haltung, welche die russische Regierung gegenüber Galizien und Oesterreich beobachtet.

* Petersburger Correspondenten berichten von der im Geheimen betriebenen Gründung einer „Gesellschaft zum Kampfe gegen den Terrorismus", welche die Bekämpfung der Nihilisten bezweckt, und deren Mitglieder in zwei Kategorien getrennt sind, in solche, welche in die Mysterien des Bundes vollkommen eingeweiht sind, und in solche, welche sich erst den Eintritt in die erste Kategorie durch hervorragende Bethätigung ihres Antinihilisten-Eifers zu erringen haben. Die Begründer dieser neuen Auflage der „heiligen Truschina" alias „Ochrana", welche nach kurzem Bestehen ein so schmähliches Fiasco gemacht haben, versendeten seit einiger Zeit Circulare mit der Aufforderung zum Eintritt in die Gesellschaft; den Mitgliedern wird die Geheimhaltung ihrer Namen zugesichert, politisch compromittirten Personen, welche sich in den Bund aufnehmen lassen wollen, wird die volle Amnestie oder falls dies nicht möglich, die Aushändigung eines Auslandspasses sowie hinreichender Geldmittel zur Reise in das Ausland verheißen. Die Leiter der Gesellschaft versichern, über genügende Geldmittel zu verfügen, um den Kampf gegen die nihilistischen Terroristen mit Nachdruck führen zu können. Nach dem klöglichen Ausgang, den die von dem Grafen Ignatieff protegirte „heilige Liga" genommen, dürfte auch diesem Antiterroristenbunde kein besonderes Gedeihen in Aussicht stehen. Um den Terrorismus der Nihilisten zu brechen, bedarf es ganz anderer Mittel als die Stiftung eines Geheimbundes.

* In Odessa macht seit einigen Tagen die dort erfolgte Verhaftung von vier Polizeibeamten großes Aufsehen. Es sind dies die Vorsteher von vier Stadtbezirken, nämlich die Polizeiräthe Alexander Wosejchowski, Kusmin, Dergatschew und Strepetow, die wegen Betrugs, Mißbrauchs der Amtsgewalt und Erpressung angeklagt sind.

* Aus Belgrad wird vom Dienstag gemeldet: „Gegenüber der anderweitigen Meldung auswärtiger Blätter wird versichert, daß der Patriarch Joachim in Konstantinopel